

<Anrede>,

ich spreche hier für die Mitveranstalterin Attac.

Wir hatten in unserem gemeinsamen Aufruf fünf hauptsächliche Gründe genannt, weshalb es uns wichtig ist, heute am 1. Mai unser Recht auf Versammlungsfreiheit in Anspruch zu nehmen.

Über den ersten Punkt, um für den Schutz von Grund- und Bürgerrechten einzustehen, hat Hans schon gesprochen. Vielleicht als Unterstreichung oder Ergänzung: Wann brauchen wir Grundrechte, wenn nicht in Zeiten, wo die Regierung meint, sie beschneiden zu müssen? Wann brauchen wir Solidarität live und in Farbe auf den Plätzen und in den Straßen, wenn nicht in Zeiten von krisenbedingten Schockzuständen, wo z. B. von Regierungs- und Arbeitgeberseite versucht wird, erkämpfte Arbeitsrechte um Jahrzehnte zurückzudrehen? Es gibt heute rund 50 Veranstaltungen in über 30 Städten bundesweit. Heraus zum 1. Mai! Solange, wo und wie immer es irgendwie geht!

Mundschutz – OK! Maulkorb – NEIN!

Der zweite Punkt war, wir sind hier, um für Abrüstung und Entmilitarisierung einzustehen und die jetzt zurecht als „systemrelevant“ gefeierten Beschäftigten im Vorsorge und Versorgungsbereich, im Bildungs- und Erziehungsbereich auch entsprechend zu bezahlen.

Darauf will ich mich konzentrieren.

Die Regierung meint, das Zwei-Prozent-Ziel der NATO mit zig Milliarden aufrecht erhalten zu müssen. Und unsre Militär-Powerfrau – ich sage jetzt ihren Namen nicht, da krampfen und knarren meine Sprechwerkzeuge immer so – macht sich für neue deutsche Atombomber stark. Währenddessen mangelt es beim Kampf gegen das Corona-Virus – wie man hört - vor allem an Pflegekräften und Ärzten, an anständiger Bezahlung für deren gefährlichen und aufopferungsvollen Job, der bis an die Grenze physischer und psychischer Belastung geht. Es fehlt an medizinischer Ausrüstung, an Notfallkrankenhäusern, an Schutzkleidung und sogar an Schutzmasken für jedermann und -frau. In den KiTas fehlen Erzieher*innen. In den Schulen fehlen Lehrkräfte. 1400 alleine in Bayern. So schrieb mir Anfang April das Kultusministerium und bat mich, im September zurück in die Schule zu kommen. Wohlgemerkt: Ich bin vor 5 Jahren schwerbehindert vorzeitig aus dem Schuldienst ausgetreten. Mit 66 Jahren und nach einer Lungen-OP zähle ich wahrscheinlich zur Hochrisikogruppe. Meine Enkel darf ich laut Landesregierung nicht sehen. Aber in die Schule würde sie mich schicken. Nach Jahrzehnten Kürzungsfixierter Einstellpolitik und somit längst hausgemachter Not.

Und die ist bei weitem nicht die einzige im Lande. In dieser Notsituation hatte die Rüstungsministerin und Noch-CDU-Vorsitzende also nichts Besseres zu tun, als dem US-amerikanischen und deutschen Militär-Industrie-Komplex zu Ostern goldene Eier ins Nest zu legen. Und wir konnten das dieses Jahr noch nicht einmal auf einem Ostermarsch skandalisieren. Um so schöner, dass wir uns hier und heute die Straße wieder geholt haben.

<Anrede>

Die 90 Tornados der Bundeswehr-sollen ab 2025 ausgemustert werden. Die Hälfte davon war als Atomwaffenträger konfiguriert; sie sollten im Rahmen der „atomaren Teilhabe“ Deutschlands die US-Atombomben, die u. a. in Büchel gelagert sind, in die vorgesehenen Zielgebiete tragen und ausklinken. Diese Atombomber-Funktion sollen künftig 30 Kampfflugzeuge F-18 übernehmen. Und weil AKK gerade den Bestellzettel vor sich hatte, orderte sie 15 weitere F-18 dazu, allerdings des Typs „Growler“ für den „elektroni-

schen Luftkampf – das Stören, Niederhalten und Bekämpfen gegnerischer Luftabwehrstellungen“ – ja, damit die Atombomben ungestört ins Ziel gelangen können.

Und damit neben dem US-Konzern Boeing der europäische Rüstungskonzern Airbus nicht leer ausgeht, will AKK weitere 90 Eurofighter in Auftrag geben. Die Kosten beziffert das Handelsblatt mit 10 Milliarden Euro. Das wird mit Sicherheit nicht reichen: Ein Eurofighter kostet derzeit 98 Millionen Euro – macht bei 90 Stück fast 9 Milliarden. Die F-18 ist in der hochgerüsteten Atombomber-Version nicht unter 105 Millionen Euro zu haben: ergibt über 4,5 Mrd. Euro. Zusammen also schon mal 13,5 Mrd. Euro. Dazu kommt eine neue Infrastruktur für die neuen Maschinen, dann werden für dieses Waffenprogramm mindestens 20 Milliarden Euro fällig. Und das in Zeiten einer kollabierenden Wirtschaft mit Millionen Kurzarbeitern, zusätzlichen Arbeitslosen und Armen, denen Hunderte von Tafeln gestrichen werden. Und eines Gesundheitssystems, von dem befürchtet wurde, dass es nahe am Zusammenbruch gewesen wäre - und immer noch sei, sollte eine zweite Epidemie-Welle entstehen.

<Anrede>

die Taktik der Regierung ist zynisch und infam. Sie nutzt das politische Chaos, das mediale Trommelfeuer „Corona“, die damit induzierte lähmende Angst der Menschen vor der Seuche, um in dieser Ausnahmesituation, in der andere Probleme im Vordergrund stehen, ihre sündteuren Waffenpläne durchzupeitschen.

Wir sagen: Schluss mit der Militarisierung der Gesellschaft – Wir brauchen keine Bundeswehreinätze im Innern, auch nicht in solchen Krisensituationen! Hört auf, unsere Kinder als Soldaten zu rekrutieren – unter 18 nie!

Und Schluss auch mit der Militarisierung der Außenpolitik. Dazu gehört, endlich die Drehscheibe des Killer-Drohnenkriegs, die US-Airbase Ramstein zu schließen.

Deutschland hat bisher noch keine bewaffneten Drohnen. Und dies muss so bleiben!

Die Gründe, warum wir Kampfdrohnen für die Bundeswehr ablehnen, sind über die Jahre hinweg in zahlreichen Erklärungen, Appellen, Reden, Anfragen und Studien ausführlich beschrieben und belegt. Jetzt im Schatten dieser so genannten Corona-Krise versucht das Verteidigungsministerium die Beschaffung von Waffen für Bundeswehr-Drohnen doch noch durchzusetzen, und zwar voraussichtlich im Juni 2020. Das müssen wir stoppen! Und nicht nur wegen der Kosten!

<Anrede>

Natürlich gibt es noch viel mehr, was in diesen Zeiten wirklich wichtig ist. Angesichts der Hunderte von Milliarden, die zur Rettung der Wirtschaft derzeit in Aussicht gestellt werden, gilt es, Prioritäten geradezurücken und die Menschen, nicht den Profit ins Zentrum zu stellen. Es gilt, die absehbaren Krisengewinner zu enteignen und eine auskömmliche Reichensteuer einzuführen. Die Rettungspakete müssen nicht „DIE (kapitalistische) WIRTSCHAFT“ retten, sondern Menschen, die sonst ins Nichts fallen. Die Krisenprogramme dürfen nicht Klimakiller am Leben halten, sondern müssen den sozial-ökologischen Umbau fördern. Und zur gesellschaftlichen Solidarität gehört eine öffentliche Daseinsvorsorge, die allen Menschen zugutekommt – im Gesundheitswesen, im Bildungswesen und darüber hinaus.

Klatschen ist nett, gut bezahlen ist viel besser!

Und nicht zu vergessen: eine andere Welt ist weiterhin möglich!